

30 Jahre Engagement für die EU: Tilo Gundlack, MdL beim Gipfeltreffen der europäischen Lokal- und Regionalvertreter in Mons, Belgien

19.03.2024



AdR-Präsident Cordeiro bei d. Annahme der Gipfelerklärung per Akklamation (Foto: EU_Nicolas Lobet)

Die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) trafen sich anlässlich des 30-jährigen Bestehens des AdR am 18./19. März 2024 zum [10. Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte](#) in der belgischen Stadt Mons. Der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack hat dort gemeinsam mit anderen AdR-Mitgliedern, Bürgermeister/-innen, Regionalminister/-innen sowie Gemeinde- und Stadträten darüber diskutiert, wie die Regionen und Städte der EU den ökologischen und den digitalen Wandel in gerechter Weise vollziehen können.

Unter Beteiligung von EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit haben die Teilnehmer über die EU-Kohäsionspolitik und öffentliche Investitionen in Europa debattiert. Weitere Themen auf der Agenda waren die Integration von Migranten, Geschlechtergerechtigkeit, der Ukrainekrieg, öffentliche Dienstleistungen, Katastrophenprävention, die Europawahlen im Juni 2024 und die demokratische Teilhabe junger Menschen, wobei Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie, Margaritis Schinas, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für die Förderung der europäischen Lebensweise, Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement und Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen sich in die Diskussionen eingebracht haben.

Das 10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte, das mit einer Gipfelerklärung abgeschlossen wurde, wurde vom AdR in Zusammenarbeit mit der belgischen Region Wallonien und dem belgischen Ratsvorsitz der Europäischen Union veranstaltet.

Unter anderem der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, und Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments richteten Videobotschaften an die Teilnehmer, in denen sie vor der Klimakatastrophe und vor Cyberkriminalität im Zuge der Wahlen zum EU-Parlament warnten.